Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Kaden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Bank d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, AG., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst" sowie der illustrierten Wochenendbeilage „Der Sonntag" monatlich 2.40 M. einschl. 45 Pf. Bringerlohn. Ohne „Sonntag" 2 M. einschl. 35 Pf. Bringerlohn. Bestellung nur „Sonntag" 1.05 M. zuzüglich Post- und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 13 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 10 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf, die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M., zuzüglich Preissenkung laut Tarif, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 226 | Dresden, Montag, den 26. September 1932 | 43. Jahrgang

Herriots Klage

Verschärfung des deutsch-französischen Gegensatzes – Gegenseitige Rüstungsdrohung

Protest der französischen Sozialisten

P. Paris, 24. September. (Eig. Funkspruch.)

Der französische Ministerpräsident Herriot hat Sonntag auf einem Bankett in Gramat (Südfrankreich) eine Rede gehalten, die durch ihre außerordentliche Schärfe gegen die deutschen Militärforderungen auffällt. Herriot wandte sich insbesondere gegen den Reichswehrminister von Schleicher und das von dem Reichspräsidenten verfügte Kuratorium zur „Ertüchtigung der deutschen Jugend".

Herriot feierte zunächst den Frieden und bezeichnete den Krieg als ein Kollektivverbrechen. Er fuhr dann fort: Wir stellen mit Freude fest, daß wir nicht allein erklärt haben, daß

eine Wiederaufrüstung Deutschlands der Anfang einer Rückkehr zu den alten Torheiten wäre, denn es handelt sich in der Tat um eine Aufrüstung.

Beweise dafür sind im Uebermaß vorhanden, ganz abgesehen von den Kundgebungen aus letzter Zeit. Ein Minister (gemeint ist Schleicher), der uns ständig unseren angeblichen Hegemoniewillen vorwirft, enthüllt die in der deutschen Gleichberechtigungsforderung sehr vorsichtig geäußerten Absichten, macht genaue Angaben über die Ausrüstung mit Kriegsmaterial, das es verlangt, und über die Miliz, deren Schaffung er fordert. **Die Verordnung vom 4. September organisiert die Vorbereitung der Jugend, um sie einmal zu setzen, Waffen zu tragen.** Es ist eines der traurigsten Ereignisse der gegenwärtigen Zeit, wenn man sieht, daß neue Generationen, die aus den schmerzlichen Erfahrungen der Väter hätten Nutzen ziehen müssen, für Uebungen trainieren und an Gesten gewöhnt werden, die nicht günstig für die moralische Abrüstung und den Frieden sind.

Was für ein Betrug ist es, unaufhörlich von einer materiellen Abrüstung zu sprechen, wenn man nichts tut für die moralische Abrüstung, wenn man offen oder geheim das herrliche Gut des Lebens für die finsterste Arbeit des Todes trainiert.

Sooft verleumdete Frankreich kann die ganze Welt zum Zeugen dafür anrufen, daß es diesem ansteckenden Gift entgeht und seine nationale Erziehung auf andere Ziele hinlenkt.

Aber wir haben noch andere Besorgnisse. Oeffentliche Schriften von Militärtechnikern, die sich über unsere Unterscheidung zwischen einem Angriffs- und einem Verteidigungskrieg wichtig machen, wollen uns glauben machen, daß Deutschland eine sehr starke und moderne Armee zu organisieren sucht, die nicht allein für die nationale Verteidigung, was äußerst gerechtfertigt wäre, sondern auch

für den Angriff geeignet ist.

In dieser Beziehung tauchen in uns Erinnerungen an das letzte Jahrhundert auf. Sollte das militärische Genie Deutschland nicht derselben Art, in der Preußen aus den ihm auferlegten Bedingungen Nutzen zog, um eine furchtbare Armee von einem ganz neuen Typ aufzustellen, heute versuchen, **eine Armee oder gar eine Doppelarmee zu schaffen, in der Absicht, mit einem entscheidenden Schlag den Gegner zu treffen, für den die nationale Verteidigung nur eine der Formen des Bürgersinns ist?** (Gerade das Problem der Abrüstung dramatisch. Denn es ist wirklich wahr, daß die Alliierten vom letzten Krieg versprochen haben, die Rüstungen zu reduzieren. Man vergißt dabei aber die Präambel zum Teil V des Versailler Vertrages und auch die interpretierende Note Clemenceaus, in der erläutert wird, daß

„die Entwaffnung Deutschlands der erste Schritt für diese allgemeine Reduzierung und Beschränkung der Rüstungen sein sollte, die die Alliierten durchzuführen suchen als eines der besten Mittel, um Kriege zu verhindern".

Herriot legte dann im einzelnen dar, welch große freiwillige Opfer Frankreich in der Abrüstung bereits gebracht habe. Aber Frankreich wolle eine Abrüstung, die Frankreich wie jede andere Nation bringen könne, bedinge **die Sicherheit. Schaffung einer internationalen Solidarität, Schiedsgerichtsbarkeit, militärische und wirtschaftliche Sanktionen,** das seien die notwendigen Elemente der Sicherheit. Dann müsse ein Statut des Friedens ausarbeiten, das in demselben Rahmen der Sicherheit alle Nationen Europas einige und das Gebäude der Sicherheit alle Nationen Europas einige und das Gebäude der Sicherheit garantiere. Selbstverständlich auch Deutschland seine volle Ruhe garantiere. Es sei genügend zu wissen, daß die großen Mitglieder des Völkerbundes gegenwärtig ein Programm studieren,

das die Abrüstung proportionell von der Sicherheit abhängig macht.

Seit der historischen Rede Stimsons, seit dem Appell Hoovers haben sich die besten Gewissen, namentlich in den skandinavischen Ländern, die lebhaftesten Gewissen, namentlich in den skandinavischen Ländern, damit beschäftigt, das Frankreich so viel Sorgen mit dem Sicherheitsproblem verschaffe, das Frankreich so viel Sorgen mit dem Sicherheitsproblem verschaffe, unter gegenwärtigen Umständen richtet Frankreich eine Geste macht. Ist er den augenblicklichen Umständen richtet Frankreich eine Geste macht. Ist er den augenblicklichen Umständen richtet Frankreich seine Doktrin ausschließlich auf die volle Wahrung der Verträge."

Herriot betonte zum Schluß, daß Frankreich niemand provozieren, niemand herausfordern wolle. Der Leidenschaftlichkeit seiner Völker gegen die französische Nation setze Frankreich seine Völker gegen die französische Nation setze Frankreich seine Geduld, seinen Verzicht und sein Wohlwollen entgegen. Frankreich könnte heute noch am Rhein stehen, aber es habe Deutschland die Verfügung über die besetzten Gebiete wiedergegeben. Dank sei ihm dafür nicht zuteil geworden. Auch habe es seine zerstörten Gebiete selbst wieder aufbauen müssen, und es habe ein Recht, auf diese Tatsachen die allgemeine Aufmerksamkeit zu lenken. Dennoch nehme es nicht an der Hetze teil, die es heute umbrandet. **Es habe nur den einen Willen, nach dem furchtbaren Kriege seine ihm noch verbliebenen Söhne in der Arbeit, in der Ehre und in Frieden zu erziehen.**

*

Die deutsche Entgegnung

In einer offiziösen Verlautbarung werden Einzelheiten der Rede Herriots scharf zurückgewiesen. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß die vom Reichspräsidenten verfügte Jugendertüchtigung nicht im geringsten militärischen Charakter haben soll, während im Gegensatz hierzu Frankreich in der militärischen Ausbildung seiner Jugend allen Nationen geradezu richtunggebend vorangehe. Die Beteiligung an dieser Jugendausbildung sei eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Beförderung der aktiven Mannschaften. Zum Schlusse heißt es:

„Endlich ist zu den Ausführungen Herriots über die Schaffung einer internationalen Streitmacht noch zu sagen, daß Deutschland eine Teilnahme an einer solchen Einrichtung niemals abgelehnt hat, nur ist es selbstverständlich, daß sie auch wirklich international sein müßte, d. h. daß sie gleichmäßig in Stärke und Qualität aus den Kontingenten aller Staaten zusammengesetzt wäre. Sonst würde eine solche Streitmacht gar nichts anderes als die Verstärkung der Wehrmacht eines Volkes sein.

Herriot hat von einem „neuen Friedensstatut" gesprochen. Vielleicht wird dieser Gedanke bei den späteren Erörterungen noch eine Rolle spielen. Vom deutschen Standpunkt aus kann man jedenfalls nur wünschen, daß diese einzige positive Anregung in der Rede des französischen Ministerpräsidenten auch ihn selbst zu Erkenntnissen führt, die eines Tages doch eine vernünftige und gerechte Regelung zeitigen."

Unserer Ansicht nach ist diese Art einer deutsch-französischen Diskussion sinnlos. Die Staatsmänner beider Völker reden aneinander vorbei. Der europäische Frieden kann nur gewahrt werden durch eine deutsch-französische Verständigung über die wichtigsten europäischen Fragen — die Abrüstungsfrage ist nur ein Teilproblem des ganzen Fragenkomplexes.

*

Hugenbergsche Scharfmacherei

Die Hugenberg-Presse benutzt die Erklärungen Herriots zu einem scharfen Vorstoß gegen die weitere Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund. Die Rede des französischen Ministerpräsidenten schaffe restlose Klarheit, und zwar in solchem Umfange, daß sich der deutsche Außenminister nicht mehr lange in Genf aufzuhalten brauche. Die Verhandlungen zwischen Herriot und dem deutschen Reichsaußenminister, die vielleicht am Montag in Genf stattfinden sollten, hätten keinen Zweck mehr. Es sei denn, daß der französische Ministerpräsident so umgefahre zu dem Gegenteil der Ansichten komme, die er in Gramat ausgesprochen habe. — Dieses Gerede beweist nur, daß die Deutschnationalen seit 1914 so gut wie nichts gelernt haben!

*

Léon Blum fordert Abrüstung

Paris, 26. September. (Eig. Funk.) Die Rede Herriots wird fast in der ganzen Pariser Presse, vor allem in den radikalen Blättern, beifällig aufgenommen. Léon Blum unterzieht sie im Populaire einer scharfen Kritik. Der sozialistische Führer erklärt zwar, daß die Rede eine aufrichtige und lebenswerte Anstrengung darstelle, denn sie bringe einen offensichtlichen Wunsch nach Wiederannäherung und Einigkeit zwischen allen Nationen Europas zum Ausdruck. Herriot habe anerkannt, daß die Entwaffnung der besiegten Mächte den ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung darstelle. Was könne ihn also auf diesem Wege aufhalten? Glaube er, daß Frankreich schon die in Versailles übernommenen moralischen und politischen Verpflichtungen erfüllt habe? Man könnte es meinen, denn Herriot bestehe mit Nachdruck auf den seit 1921 durchgeführten Verringerungen der effektiven Stärken und der Heereseinheiten, aber wisse er denn nicht, daß das Kriegsmaterial Frankreichs furchtbarer sei als jemals?! Wisse er nicht, daß die französische Berufsarmee ständig größer geworden sei?! Wisse er nicht, daß in Frankreich etwas existiert, was man die allgemeine Wehrpflicht nennt, und daß man auch in Frankreich allen Kindern die Kunst des Tötens lehre?! Aber es scheine, daß die Schwierigkeiten, die man der allgemeinen Abrüstung entgegensetzt, **in der unzureichenden Sicherheit bestehen.** Herriot erkläre sich mit ironischem Vergnügen einverstanden mit der in der Antwort der Sozialistischen Partei auf dem Stockholmer Fragebogen ausgedrückten Doktrin. Er, Léon Blum, werde sich darüber nicht beklagen; die Sozialistische Partei würde aber hundertmal recht haben, wenn sie jetzt über die so vielen Ereignisse anders denke als vor fünfzehn Jahren.

Verfolgung des Reichsbanners

Einseitig gegen links – Vorrechte für die braunen Garden

Die Herren von Papen und Bracht haben eine Verhotswelle gegen die SPD. und andere linksgerichtete Organisationen losgelassen. Das wundert uns nicht. Nur die Versicherungen, die Papen und Bracht bei ihrem Amtsantritt abgaben, daß man die Gesetze unnachsichtlich gegen rechts und links anwenden wolle — diese Versicherungen erscheinen uns heute noch komischer denn damals. Wir wollen hier nicht reden von der Klassenjustiz, wir wollen nicht breit ausmalen, wie tief der deutschen Gerechtigkeit die Binde über das eine Auge gerutscht ist. Wir wollen hier nicht die grotesken Widersprüche der Sondergerichte, ihre einseitigen Urteile gegen links aufführen. Nur einige Regierungsmaßnahmen der letzten Zeit sollen hier gekennzeichnet werden. Es hagelt Zeitungsverbote gegen links. Die Reichsbannerzeitung wird auf vier Wochen unterdrückt, weil sie wegen des Ohlauer Urteils einen kritischen offenen Brief an Dr. Bracht losließ. Vorwärts und Berliner Volkszeitung wurden verboten, weil sie die Regierung des Verfassungsbruchs verdächtigten. Um dieselbe Zeit brachte der Völkische Beobachter über die ganze Seitenbreite hinweg eine Ueberschrift: „Der Verfassungsbruch der Regierung festgestellt". Hitlers Leiborgan aber ist weder durch eine Zwangsanklage behelligt, noch verboten worden.

Dr. Bracht hat nacheinander zwei Ortsgruppen des Reichsbanners als aufgelöst erklärt: Ohlau und Lichtenberg in Vorpommern. Beide Gruppen sollen sich geweigert haben, Mitglieder auszuschließen, die sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht hätten. Zahlreichen SA.-Gruppen sind vorbereitete Ueberfälle auf Andersdenkende und blutige Bestialitäten nachgewiesen worden. Nazizeitungen haben die viehische Mordtat von Potempa dadurch verherrlicht, daß sie die Mörder geradezu in den verurteilten Totschlägern: „Vierzehn Millionen der besten Deutschen haben eure Sache zu der ihrigen gemacht..." Hitler versicherte die Mörder seiner „unbegrenzten Treue". Was in Deutschland noch einen Funken Anstand besitzt, bekreuzigte sich vor dieser moralischen Verwahrlosung, dieser Niedrigkeit der Gesinnung, aber weder die Reichsregierung hatte gegen solche Mordverherrlichung in Wort und Schrift etwas einzuwenden, noch ist bis heute eine Ortsgruppe der Nazis aufgelöst worden. Der Verein der nationalsozialistischen Bombenschmeißer und Mörder in Ostpreußen existiert noch immer unangefochten.

Wir fürchten diese einseitige Anwendung der Gesetze gegen die Arbeiterbewegung und der ihr verwandten Organisationen durchaus nicht. Auf die Dauer zog von solcher Staatsräson noch immer die Sozialdemokratie Nutzen. Das hat auch Bismarck erfahren müssen. Aber festgestellt muß werden, wie wohlwollend die Hitler-Partei von den gegenwärtigen Machthabern behandelt wird. Daran zeigt sich, wie verwandt sich das Kabinett der Barone und sein Anhang den Hitlerschen Garden fühlt. Man hofft, trotz den momentanen Zerwürfnissen, mit Recht auf baldige Verständigung. Papen und die Seinen fühlen,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19320926/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG